

Ressort: Politik

Grünen halten Überwachungspläne der Union für verfassungswidrig

Berlin, 13.11.2013, 15:33 Uhr

GDN - Die Forderungen nach einer Vorratsdatenspeicherung und stärkerer Überwachung des Internets, die die CSU am heutigen Mittwoch in die schwarz-roten Koalitionsverhandlungen einbringen wollte, sind aus Sicht der Grünen verfassungswidrig. "Käme die Vorratsdatenspeicherung, wäre das rechtsstaatlich hinnehmbare Maß voll", schreibt der bisherige innen- und netzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Konstantin von Notz, in einem Beitrag für die Online-Ausgabe der "Berliner Zeitung".

Laut Bundesverfassungsgericht müsse der Gesetzgeber bei Datenspeicherungen die Summe der Überwachungsmaßnahmen berücksichtigen. "Innenminister Friedrich scheint diese Mahnung ignorieren zu wollen", kritisiert von Notz. "Angesichts der Enthüllungen der vergangenen fünf Monate wäre es höchste Zeit, sich von bürgerrechtlichen Gruselstücken wie der Vorratsdatenspeicherung ein für allemal zu verabschieden", fordert Konstantin von Notz. "Es wäre höchste Zeit, einer immer weiter ausufernden Überwachung etwas entgegenzustellen, statt sich am Vorbild NSA zu orientieren und so eine Überwachungsspirale in Gang zu setzen." Der Grüne betont, dass das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung bereits vor Jahren untersagt habe. Wenn die Union sie in den schwarz-roten Koalitionsverhandlungen trotzdem fordere, mache sie sich "zum Sprachrohr der Sicherheitsbehörden" und vernachlässige Verbraucherschutz und Bürgerrechte, so von Notz. Die von Innenminister Friedrich geforderte Datenüberwachung von Internet-Knotenpunkten entspreche "exakt den NSA-Praktiken, über die sich gerade die ganze Welt echthauffiert", kritisiert von Notz. "Nicht ein Whistleblower wie Edward Snowden spielt Terroristen in die Hände", so der Grüne, "sondern die systematische Aushebelung der verfassungsmäßig geschützten Bürgerrechte durch Geheimdienste tut es. Sie delegitimiert den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, der Fundamentalisten so verhasst ist." Statt der Ausweitung der Überwachung sei eine unabhängige Überprüfung der bestehenden Sicherheitsgesetze nötig. Die Sicherheitsbehörden hätten sich verselbstständigt und bräuchten mehr parlamentarische Kontrolle, fordert von Notz. "Das wissen wir spätestens seit den Skandalen um NSU und NSA."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-25076/gruenen-halten-ueberwachungsplaene-der-union-fuer-verfassungswidrig.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619